



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 81831 - 93  
Fernschreiber 0886890

P/XIII/145 - 2. Juli 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Innerpolitische Verschärfung Zum Klima der Haushaltsdebatte	51
2 - 3	Vor den finnischen Reichstagswahlen Von unserem skandinavischen Korrespondenten	77
4	Was wird aus "Europa Nr. 1"? "Abendländer" am Werk - Rundfunk und Politik	51
5	Kulturfilm - Stiefkind der Leinwand Geringe Förderungsmittel im Bundesetat 1958	58
6 - 7	Herbert Wehner - so oder so? Zwei bezeichnende Stellungnahmen	76

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

### Innenpolitische Verschärfung

ler - Das innenpolitische Klima ist frostiger geworden. Die Zusammenstöße zwischen Opposition und Regierung im Bundestag häufen sich. Am eichtbarsten fanden die Spannungen zwischen den beiden grossen Parteien, der CDU und der Sozialdemokratie ihren Niederschlag bei den gegenwärtigen Haushaltsberatungen. Die reine Sachdiskussion musste und muss sehr oft Temperamentsausbrüchen weichen. Es ist nicht die Höhe des Riesensatzes von rund 40 Milliarden, die die Gemüter erhitzt und auch nicht der Streit um die einzelnen Positionen, um die gerungen wird. Wenn der Bundeskanzler das Rednerpult betritt, dann spürt jedermann im Hohen Hause, ob Abgeordneter, Journalist oder Zuschauer, dass dies fast immer das Vorzeichen für einen Sturm ist. Auch Bundesinnenminister Schröder und Arbeitsminister Blank können den das Parlament gewiss nicht ehrenden Ruf beanspruchen, die höchste Stätte der deutschen Gesetzgebung als Wahlkampfarena zu missbrauchen.

Die neue deutsche Demokratie ist noch jung und unvollkommen. Umso behutsamer muss sie praktiziert und fortentwickelt werden. Zur Demokratie und zum Parlamentsstil gehört gewisse Auseinandersetzung, das leidenschaftliche Bemühen um den richtigen Weg, die Kraft des guten Arguments, dazu bestimmt, den anderen zu überzeugen, die Klärung der gegenseitigen Positionen und die Herausarbeitung von Alternativen in den grossen Fragen der Nation. Die Parteien erfüllen für die politische Meinungsbildung eine lebenswichtige Funktion, was sogar im Grundgesetz ausdrücklich anerkannt ist. Niemand kann die Parteien ersetzen, aber auch keiner hat das Recht, die Existenz des Gegenspielers, sofern er sich im Rahmen der durch die parlamentarische Demokratie gezogenen Grenzen hält, zu bestreiten. Halten sich alle im Bundestag vertretenen Parteien an dieses eherne Gesetz einer lebendigen Demokratie?

Diese Frage muss man leider verneinen. Im neunten Jahr seit dem Bestehen der Bundesrepublik ist bei der grössten Regierungspartei eine wachsende Neigung zum Missbrauch ihrer beherrschenden Position im Parlament und Staate zu verzeichnen. In der grossen Haushaltsdebatte fiel das Stichwort vom Obrigkeitestaat. Wir sind auf dem Wege zu ihm. Die Partei Konrad Adenauers fördert solche Tendenzen und aus dieser Grundeinstellung erklärt sich auch ihre steigende Abneigung gegen gute parlamentarische Gepflogenheiten. Es ist die Aufgabe der Opposition, Schwächen im Staate aufzuzeigen, korrigierend auf Fehler einzuwirken und die verantwortlichen Männer in der Regierung und die sie tragenden Parteien stets daran zu erinnern, dass sie jederzeit Rede und Antwort zu stehen haben. Diese selbstverständliche Funktion der Opposition, ohne deren getreue Erfüllung das politische Leben erstarrt muss, geht der Regierung oft wider den Strick, sie empfindet sie als eine unerträgliche Belästigung und, was noch schlimmer ist, als einen Angriff gegen den Staat. Diese Identifizierung von Regierungspartei und Staat gehört zu den schlimmsten Entartungserscheinungen in der Bundesrepublik, sie muss, wird ihr nicht Einhalt geboten, zur Aushöhlung der Demokratie führen.

Wer heute angesichts ihrer grossen historischen Leistung und ihrer unvergänglichen Dienste um das Deutsche Volk die deutsche Sozialdemokratie als Wegbereiter des Bolschewismus diffamiert, sie als national unzuverlässige Kraft disqualifizieren und vor dem Volk herabsetzen will - leider ist das gerade bei diesen Haushaltsberatungen sehr oft geschehen - beschwört die Gefahr einer zweiten Teilung unseres Volkes herauf. Wir sind nicht mehr weit von ihr entfernt.

## Vor den finnischen Reichstagswahlen

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

Am 6. und 7. Juli finden in Finnland die Reichstagswahlen statt, zum ersten Male nach einer vierjährigen Mandatsperiode (früher dreijährig). Die Wahlprognosen der finnischen Presse sind vorsichtig. Man rechnet damit, dass viele sozialdemokratische Wähler, die vor den Fraktionskämpfen innerhalb der Partei verärgert sind, von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch machen werden und dass die Agrarier infolgedessen zur stärksten Parlamentsfraktion aufrücken werden. Bisher hatte der finnische Reichstag folgende Zusammensetzung: 54 Sozialdemokraten, 53 Agrarier, 43 Kommunisten, 24 Konservative, 13 schwedische Liberale, 13 finnische Liberale. Die gegenwärtige Regierung gilt offiziell als unpolitisch; ihre Mitglieder sind jedoch zum grössten Teile Agrarier sowie Sozialdemokraten jener Fraktion, die sich von der offiziellen Parteilinie distanziert hat und politisch im wesentlichen für eine Fortsetzung der auf gegenseitige Konzessionen gestützten Zusammenarbeit mit den Agrariern eintritt.

Für den Ausgang der Wahlen dürfte entscheidend sein, inwieweit den Wählern bewusst geworden ist, dass Finnlands Wohlstand gefährdet ist, wenn nicht rechtzeitig - teilweise unpopuläre - Massnahmen zur Gesundung ergriffen werden. Einige damit zusammenhängende Probleme seien kurz skizziert.

Die Finnen werden vor allem von dem Gespenst der Arbeitslosigkeit beunruhigt. Obwohl die neue Abwertung der Finnmark im vergangenen Winter den Holzumschlag auf eine Rekordhöhe getrieben hatte, war die Arbeitslosenzahl doch wesentlich höher als in den Jahren zuvor, und auch für die Zukunft ist eher mit einer steigenden Tendenz zu rechnen. Finnlands Wohlstand beruht zu einem grossen Teil auf der Entwicklung des Exports und dieser besteht zu etwa 80 Prozent aus Holz und dessen Verarbeitungsformen. Infolge dieser Einseitigkeit können sich schon geringe Veränderungen auf dem internationalen Holzmarkt verheerend auf die finnischen Exporterlöse auswirken und damit auch auf die Möglichkeit, Waren im Auslande zu kaufen. Ein Teil der finnischen Holzverarbeitungsindustrie ist sehr erneuerungsbedürftig und verliert immer mehr seine Konkurrenzfähigkeit im Ausland.

Ein anderes Sorgenkind der finnischen Wirtschaft ist die Metallindustrie, die nach dem Kriege trotz ungünstiger Voraussetzungen aufgebaut werden musste, da Finnland sonst seine Reparationsverpflichtungen

aus dem Friedensvertrag mit der Sowjetunion nicht hätte erfüllen können. Diese Industrie ist im Westen kaum konkurrenzfähig und ihre Beschäftigungslage hängt stark von der begrenzten Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes sowie den russischen Abnahmebedingungen ab.

Die sozialdemokratische Partei hat im Gegensatz zu der nun abgesplitterten Fraktion die Auffassung vertreten, dass Finnland durch eine Kraftanstrengung - eventuell mit Hilfe westlicher Kredite - neue Industrien schaffen und die bestehenden Unternehmen modernisieren müsse. Dadurch könnte Finnland aus der einseitigen Abhängigkeit seines Exportes befreit werden. Gleichzeitig würde durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze die alljährlich wiederkehrende grosse Winterarbeitslosigkeit bekämpft und die Voraussetzung dafür geschaffen, dass durch Zusammenlegung zu kleiner Bauernwirtschaften grössere, rationalisierungsfähige Landwirtschaftsbetriebe entstehen. Die grösste Schwierigkeit bei Verwirklichung dieses Planes ist der Kapitalmangel in Finnland. Die Bevölkerung hat seit Jahren einen zu grossen Teil des Nationalproduktes konsumiert. Die Kapitalbeschaffung im Ausland ist problematisch. Als Finnlands Präsident Dr. Kekkonen kürzlich zu einem Staatsbesuch in Moskau war, haben die Russen ihm - in klarer Erkenntnis der finnischen Zwangslage - einen grossen Kredit angeboten, leider einen Rubelkredit. Die Fabrikausrüstungen und sonstiger Waren müssen demnach in der Sowjetunion gekauft werden. Das bedeutet eine dauernde Abhängigkeit der betreffenden Betriebe von russischen Fachlieferungen und Fachkräften. Diese raffinierte Art russischer Aggression hat bisher zu keiner Gegenmassnahme des Westens geführt. - Die Russen haben Dr. Kekkonen auch versprochen, jene finnische Butter, die im Westen keinen Absatz findet, zu übernehmen. Man ist geneigt, diese Zusage als Wahlhilfe für die Agrarier zu werten, deren Repräsentanten mitunter ein sehr weitgehendes Entgegenkommen gegenüber Moskau bekunden und die sich innerpolitisch am ehesten auf die Kommunisten zu stützen bereit sind.

Sollten die Agrarier einen Wahlsieg erringen, so würde die Gesundung der finnischen Wirtschaft kaum beschleunigt, denn die Schaffung industrieller Arbeitsplätze bei gleichzeitiger Verringerung des Bauernstandes und eine geringere Abhängigkeit der Landwirte von Staatssubventionen würde den Agrariern wichtige Grundpfeiler ihrer politischen Machtstellung nehmen. Die Industrialisierungsprojekte müssten wohl von den Sozialdemokraten in Zusammenarbeit mit bürgerlichen Gruppen vorangetrieben werden. In Wirtschafts- und Finanzkreisen ist man sich über diese Notwendigkeit im klaren. Solange aber die Sozialdemokratie durch die Absplittierung der von starken Gewerkschaftskräften unterstützten Fraktion um Simons, Skog und Antikainen geschwächt ist, wird es schwer sein, für eine solche Gesundungspolitik eine Reichstagsmehrheit zu finden.

Was wird aus "Europa Nr. 1"?

WM. Es hat den Anschein als würde das Tauziehen um ein Kuriosum des Funkwesens bald ein Ende nehmen. Obwohl in der Bundesrepublik Deutschland private Gesellschaften nicht berechtigt sind, Rundfunk-sendungen auszustrahlen, gibt es seit der Rückgliederung der Saar einen privaten Sender auf deutschem Boden, der unbekümmert seine täg-lichen Werbeprogramme in den Äther schickt und zwar auf einer Wellen-länge, die ihm kein Frequenzplan zugebilligt hat.

Schon als die deutsche Bundespost, eifersüchtige Hüterin des bun-desrepublikanischen Funkmonopols, im Saargebiet noch nichts zu sagen hatte, zog sich die Station an der Saar dem Unwillen einiger, beson-ders der skandinavischen Staaten zu, weil der 500 Kilowatt starke Aussenseiter die Sendungen von Oslo, Kalundborg und des finnischen Fischereifunks überstrahlte. Worauf zwar der Manager der von der Hoff-mann-Regierung unterstützten Gesellschaft "Images et Son" vom franzö-sischen Innenministerium für einige Zeit als "lästiger Ausländer" nach Korsika abgeschoben wurde, sich sonst aber nichts änderte, wenn man vom Übergang der Aktienmehrheit in andere Hände absieht.

Bis zum Beginn der deutsch-französischen Verhandlungen über die Rückgliederung der Saar blieb diese Kehrheit in den Händen des fran-zösischen Karosserie-Fabrikanten und Franco-Milliardärs Floirat, dann einigten sich die Staatssekretäre Faure und Hallstein über den gemein-samen Ankauf der Station durch die deutsche und die französische Re-gierung. Der Plan zerbrach allerdings an der Sparsamkeit der Franzö-sischen Parlamentarier, die ihrer Regierung den notwendigen Kredit von rund 17 Millionen Mark versagten. Worauf die deutsche Bundespost der Verwaltung von "Europa Nr. 1" mitteilte, dass sich die Funkhoheit des Bundes ab 1. Januar 1957 auf das Saarland erstreckt und sie sich weitere Massnahmen vorbehalte.

Trotzdem waren eine Reihe von Privatunternehmen, unter ihnen der französische Apéritif-Fabrikant Ricard, zur Übernahme des Senders be-reit, zumal dessen Hörerstamm inzwischen so weit angewachsen war, dass er pro Werbeskunde den ansehnlichen Preis von 100 DM verlangen konnte. Indes, das Risiko erschien ihnen zu gross, nachdem das Bundespostmini-sterium offiziell die Stilllegung von "Europa Nr. 1" spätestens am 31. Dezember 1960 angekündigt hatte.

Erst in den letzten Tagen hat sich nun ein Silberstreifen am dü-steren Horizont des Senders gezeigt: Trotz der ungewissen Zukunft der Station haben sich neue Interessenten gefunden. Und zwar bemüht sich der Reservegeneral de Bénouville, im Zivilberuf Herausgeber der kon-servativen illustrierten "Jeune de France", im Namen einer "befreunde-ten Gruppe" um den Erwerb des Senders. Gelaggeber dieser Gruppe sollen sich christlich nennende Politiker sein, die nur eine einzige Bedin-gung stellen: der Sender soll die politischen Ziele der neuen "Christ-lich-demokratischen Partei Frankreichs" unterstützen, um deren Bil-dung sich augenblicklich der Volksrepublikaner Georges Bidault, zeit-weiliger Regierungschef und Aussenminister bemüht.

In Saarbrücken kursiert das Gerücht, massgebende Stellen der Bun-deeregierung in Bonn seien daran interessiert, dass der Sender "Europa Nr. 1" tatsächlich zu einer Art "abendländisches Propagandainstrument" wird, das die Aufgabe übernehmen soll, westeuropäische Gedankengänge publizistisch zu vertreten.

Kulturfilm - Stiefkind der Leinwand

H.M. Es steht ausser Zweifel, dass der deutsche Dokumentar- und Kulturfilm, einst blühender und hervorragend spezialisierter Zweig unserer Filmwirtschaft, heute nur noch als Neben-, wenn nicht gar Abfallprodukt des filmischen Schaffens gilt. Zwar ist richtig, dass sich in der Bundesrepublik nicht weniger als 184 Produktionsgesellschaften ausschliesslich oder nebenbei mit der Herstellung von Kulturfilmen befassen und dass 1956 über 400 Kultur- und Dokumentarfilme abgedreht wurden, darunter allerdings nur 35 mit einer Länge von über 1000 Metern. Das Dilemma und der Niedergang des deutschen Kulturfilms aber werden mit genügender Deutlichkeit durch die Tatsache gekennzeichnet, dass unser Weltmarktanteil an dieser Filmgruppe sich vor dem Kriege auf 90 v.H. belief, während uns heute davon nur knappe 8 v.H. geblieben sind. Bezeichnend ist ferner, dass von den 2 282 Kultur- und Dokumentarfilmen, die in 10 Jahren hergestellt wurden, nur 91 das Prädikat "besonders wertvoll" erringen konnten.

Diese Resultate stehen in einigem Widerspruch zu dem Nutzen, den die Filmgesellschaft auf Grund seiner steuerlichen Sonderbehandlung aus dem "guten" d.h. von der Filmbewertungsstelle prädikatisierten Kulturfilm zu ziehen vermag. Bei einem Gesamtumsatz der Filmtheater im Bundesgebiet von 912 Millionen DM könnten durch die Aufnahme von prädikatisierten Kulturfilmen in das Vorführungsprogramm jährlich 32,5 Millionen DM an Vergütungssteuern eingespart werden. Die trotzdem für jeden Kinobesucher offensichtliche Kulturfilmeindlichkeit der meisten Lichtspieltheater ergibt sich zum Teil aus der für das Publikum ermüdenden Verengung der Themenwahl. Dr. Kalbes von der früheren Ufa-Kulturfilm-Abteilung hat errechnet, dass seit 1951 Hochöfen und Kokeröfen nicht weniger als 274 mal, der Fischfang auf See 189 mal und die Verkehrserziehung 179 mal auf die Leinwand projiziert wurden. Dass hier der Kulturfilm in sehr enge Nachbarschaft zum Reklam- und Aufklärungstreifen gerückt ist, muss aus den vorherrschenden Finanzierungspraktiken verstanden werden.

Ganz allgemein kann der Herstellung von Kulturfilmen ohne die grosszügige - und selbstverständlich interessengesteuerte - Unterstützung werbeaktiver Firmen oder Behörden kein kommerzieller Erfolg beschieden sein. Die Herstellungskosten eines Kurzfilms von 350 bis 400 Metern Länge belaufen sich auf 30 000 bis 40 000 DM. Da dem Hersteller vom Verleih oder Auftraggeber zunächst nur 7,5 v.H. dieser Summe als Produktionskosten zugebilligt werden, muss er während der Dreiarbeiten mit 2 250 bis 3 000 DM auskommen. Die Folge der hierdurch aufgerissenen Finanzierungslücke ist, dass die Mehrzahl unserer Kulturfilmproduzenten sich aus "Binnern-Gesellschafter" zusammensetzt, in denen der "Firmeninhaber" sämtliche Funktionen vom Drehbuchautor bis zur Kameramann, Darsteller und Cutter in sich vereinen muss. Ob diese personelle Vielschichtigkeit sich auf die Qualität des Films günstig auswirken vermag, sei dahingestellt. Sicher aber ist, dass die finanziellen Fundamente des Kulturfilms einer Festigung bedürfen, für die die 1958/59 bereitgestellten Bundesmittel nicht ausreichen. Aus den Mitteln des Bundesinnenministeriums sollen 300 000 DM zur Förderung der Filmarbeit im nichtgewerblichen Bereich und 500 000 DM zur Prämiierung von Kulturfilmen vergeben werden. Das Familienministerium stiftet 800 000 DM für die Jugendfilmpflege und das Bundespresseamt schliesslich 1,2 Millionen DM für den Erwerb, die Herstellung und den Vertrieb von Dokumentarfilmen im In- und Ausland sowie den Ankauf von Kopien für das Filmarchiv. Setzt man von diesen Beträgen die für Regierungspropaganda-Filme vorgesehene Teilsumme ab, dann bleibt gewiss recht wenig übrig, was einer Renaissance des deutschen Kulturfilms förderlich sein könnte. + + +

2. Juli 1958

Herbert Wehner - so oder so?

sp - Es gehört mit zu den merkwürdigsten Wahlschlagern der CDU im Landtagswahlkampf Nordrhein-Westfalen, der SPD nachzusagen, sie habe auf ihrem Parteitag in Stuttgart einen "Ruck nach links" gemacht. Angefangen vom "Rheinischer Merkur" bis zu den CDU-Versammlungsrednern der sechsten Garnitur wird als "Beweis" für diese These der Name Herbert Wehner genannt. Die Tatsache, dass Wehner einmal Kommunist war, hat weder er selbst, noch die Sozialdemokratie jemals zu verheimlichen versucht. Sie genügt aber, um braven Spiesbürgerern das Gruseln anzulernen. Je häufiger eine Propagandawalze aufgelegt wird - so glaubt man ganz offenbar bei der CDU - umso mehr besteht die Chance, dass sie "ankommt".

Gelegentlich ist es aber gut, und wäre auch den Gegnern der Sozialdemokratie zu empfehlen, den Blick auf Regionen ausserhalb der Bundesrepublik zu richten. Da erscheinen in Zürich die "Neuen Zürcher Nachrichten" mit dem Untertitel "Katholische Tageszeitung". Das Blatt genießt in der Schweiz den Ruf, geistiges Führungsorgan katholischer Politiker zu sein. Der katholische Klerus der Schweiz ist an der Haltung der Zeitung nicht ganz unbeteiligt, und wenn man auch weiss, dass die Schweizer es ablehnen, sogenannte christliche Politiker zu züchten - weil sie meinen, dass Religion und Politik säuberlich voneinander getrennt sein sollen -, so bleiben doch die "Neuen Zürcher Nachrichten" eine Zeitung mit eindeutig katholisch-christlicher Tendenz.

In der Ausgabe der NZN vom 30. Mai 1958 wird in einem längeren Artikel das Ergebnis des Stuttgarter Parteitages der SPD untersucht. Ganz im Gegensatz zu den sich christlich nennenden Pressestimmen in der Bundesrepublik gelangt das Blatt zu einer Würdigung Herbert Wehners, die dem Mann und Politiker gerecht wird. Es heisst da:

"...so gehörte er eher zu jenen Idealkommunisten der zwanziger und dreissiger Jahre, die aus ideellen und humanitären Gründen gegen den selbstgerechten Liberalismus und satten Kapitalismus Stellung bezogen."

stets mehr für geistige Auseinandersetzungen als für Polizeiaktionen eintraten, später durch den Kommunismus ebenso sehr enttäuscht wurden, wie durch das sie umgebende kapitalistische System und dann nicht aus Opportunismus, sondern aus durchaus ehrlichen Gründen auf die Seite des Sozialismus traten. Sein Plan, mit den Behörden der Sowjetzone ins Gespräch zu kommen, mag von Grund auf verfehlt sein. Aber es darf ihm nicht unterstellt werden, er wolle die SPD damit in die Arme des Kommunismus treiben."

Und an einer anderen Stelle, immer noch im Zusammenhang mit dem Referat Herbert Wehners auf dem Stuttgarter Parteitag, wird gesagt:

"Doch Aktivierung und politische Klärung heissen noch lange nicht Linkeradikalismus und dürften nicht nur der Partei, sondern der gesamten deutschen Politik zugutekommen."

Das war ein Blick nach der Schweiz. Schauen wir nun etwas auf die Publizistik jenseits des Eisernen Vorhanges; auf die offiziellen Gazetten der sogenannten DDR. Wenn es richtig wäre, was der "Rheinische Merkur" oder die CDU-Versammlungsrede von Herbert Wehner und der SPD behaupten, dann müsste logischerweise die Presse der sowjetischen Besatzungszone ein grosses Triumphgeheul ausstossen. Das ist aber keineswegs der Fall. Im Rahmen der zahlreichen Publikationen des Zentralkomitees der SED erscheint unter anderem auch die Halbmonatszeitschrift "Deutscher Dienst". In Nr. 12 des Jahrganges 1958 (17. Juni 1958) untersucht man nun höchst offiziell die Ergebnisse des Stuttgarter SPD-Parteitages und kommt zu dem Schluss,

"...dass massgebliche Kräfte der Führung dieser Partei aus eigenem Entschluss eine Position einnehmen, die den Interessen der Arbeiterklasse entgegengesetzt ist."

Wehner kommt bei dieser Betrachtung besonders schlecht weg. Ihm wird bescheinigt:

"Auch Herbert Wehner machte keine Ausnahme. Er redete von Kontakten mit den Behörden der DDR, und manche Delegierten klatschten ihm in dem Glauben zu, damit seien ersehnte Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik zur Verständigung gemeint... Die Ausführungen Wehners lassen keinen Zweifel daran, dass die von ihm vertretene, angeblich elastischere Politik der Wiedervereinigung keine Verständigung mit der DDR, sondern die Beseitigung der Arbeiter- und Bauernmacht zum Ziele hat."

Herbert Wehner - so oder so? Diese Frage sollten sich noch in letzter Minute die CDU-Propagandisten vorlegen und bei dieser Gelegenheit darüber nachdenken, ob sie nicht doch etwas zu primitiv und zu böswillig sind, wenn sie aus dem engen Blickwinkel ihrer Parteidemagogie die politische Konzeption eines ihrer Gegner darzustellen versuchen.

Veraantwoordlich: Günter Markschaffel